

## "Die vertrackte Situation" in Die Welt (28. Mai 1971)

**Legende:** Am 28. Mai 1971 kommentiert die deutsche Tageszeitung Die Welt die vergeblichen Versuche der Europäer, die Währungsinstabilität zu beenden.

**Quelle:** Die Welt. 28.05.1971. Hamburg. "Die vertrackte Situation", auteur:Herlt, Rudolf.

**Urheberrecht:** (c) Die Welt

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/die\\_vertrackte\\_situation\\_in\\_die\\_welt\\_28\\_mai\\_1971-de-830f0891-b968-4e22-92fb-9217b6d87305.html](http://www.cvce.eu/obj/die_vertrackte_situation_in_die_welt_28_mai_1971-de-830f0891-b968-4e22-92fb-9217b6d87305.html)

**Publication date:** 19/12/2013

## Die vertrackte Situation

Von RUDOLF HERLT

*die Welt*  
28.5.71

Wenn man hoffen dürfte, die Währungspolitiker der westlichen Welt würden einen Ausweg aus der Sackgasse finden, wenn sie nur lange genug über die Probleme reden, dann könnte die International Banking Conference 1971 in München ein Meilenstein in der Geschichte der Währungspolitik sein. Denn selten haben so viele hervorragende Experten aus den wichtigsten Ländern Gelegenheit; eine Woche lang Inventur zu machen und darüber nachzudenken, wie es weitergehen soll. Aber wer in diese Konferenz hineinhörte, auf der für das Gemeinwohl tätige Notenbank-Präsidenten und Repräsentanten nationaler und europäischer Institutionen ihre Texte ebenso vortrugen wie Bankiers mit kommerziellen Interessen, fand eine gemeinsame Grundstimmung vor: Ratlosigkeit.

Wie soll auch eine Gleichung aufgelöst werden, bei der sich nationale, europäische und internationale Bedingungen und Ziele so miteinander verschlingen, daß jede Lösung irgendwo aneckt? Wir haben einen freischwankenden Wechselkurs — gut. Aber er kann nicht ad infinitum schwanken, weil sonst der Langmut des internationalen Währungsfonds, dessen Satzungen so etwas nicht vorsehen, überstrapaziert würde. Außerdem muß der europäische Zug, der sich in Richtung auf eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion in Bewegung gesetzt hatte, wieder anhalten, solange die Wechselkurse zweier EWG-Länder frei schwanken.

Auf dem Felde der Innenpolitik geschieht nichts Neues, so lange die Milliardensumme an Dollar, die im April und im Mai ins Land gekommen sind, nicht wieder abfließen. Das aber kann erst geschehen, wenn der Dollarkurs einen Punkt erreicht, an dem die Mitnahme des Spekulationsgewinns „zum Auswandern“ reizt. Das müßte doch immerhin ein Satz von 4,5 bis fünf Prozent sein.

\*

Aber schon stößt man auf ein Tabu. Alle Offiziellen behaupten mit Nachdruck, natürlich wolle man die alte feste Parität von 3,66 DM je Dollar wiederherstellen. Aber wie? Werten wir? Werten wir durch Abgleiten des Dollarkurses zunächst auf und erzeugen eine Konjunkturlage mit Flauteelementen, die es erlauben, später wieder abzuwerten? Wenn die Bundesregierung an diese Möglichkeit denkt, braucht sie sich nicht zu wundern, wenn die Gewerkschaften völlig unbeeindruckt ihre lohnpolitische Linie fortsetzen. Überdies wäre keineswegs sicher, daß die Dollarmilliarden abfließen, weil die alte Parität doch nicht als endgültig angesehen würde.

Die zweite Möglichkeit — Alwin Münchmeyer, der Präsident des Bun-

desverbands Deutscher Banken, hat den Katalog vorgetragen — wäre, daß die Bundesregierung sehr rasch direkt aufwertet und eine neue Parität beschließt. Schwierigkeiten mit der EWG wären die Folge. Überdies würden die offiziellen Erklärungen, daß die Bundesregierung die Wechselkursfreigabe gewählt habe, weil die Zahlungsbilanz eine direkte Aufwertung nicht rechtfertigte, nachträglich unglaubwürdig. Die dritte Möglichkeit wäre, das Floating unbegrenzt fortzusetzen — als Dauerbelastung der deutschen Beziehungen zum Währungsfonds und zur EWG.

\*

Man kann es drehen und wenden, wie man will — es ist eine vertrackte Situation. In der langen Nacht von Brüssel wurde am 9. Mai auch festgelegt, daß die Notenbanken bis zum 1. Juli gemeinsam Mittel und Wege finden müssen, um unerwünschte Dollarzuflüsse abzuwehren, mit anderen Worten: den Eurodollarmarkt in den Griff zu bekommen. Die Bereitschaft, das durch eine Devisenbannwirtschaft zu tun, ist in der EWG nicht klein. Besonders für Frankreich sind dirigistische Zwangsmaßnahmen kein Sündenfall. Die Franzosen lassen sich auch nicht von dem Gedanken schrecken, daß eine böse Devisenbannwirtschaft fortzeugend Böses gebären müsse. Die delikate Aufgabe, die EWG-Partner „vom dirigistischen Dampfer“ wieder herunterzuholen, fiel Otmar Emminger zu. Er mußte die Münchner Tagung für einen kurzen Zwischenaufenthalt in Brüssel verlassen. Auf Verständnis ist er dort nicht gestoßen.

Schon vor diesem Termin, nämlich am 2. Juni, hat der Zentralbankrat zu prüfen, ob kreditpolitische Beschlüsse als Begleitmaßnahmen zum Floating angebracht oder notwendig sind. Wenn der Diskont gesenkt würde, um das immer noch bestehende Zinsgefälle zwischen den USA, Eurodollarmarkt und der Bundesrepublik einzuebnen, wäre das vielleicht logisch richtig. Aber der Zentralbankrat muß auch an die Rentabilität der Banken denken. Diese legt eher nahe, die Mindestreservspflicht zu lockern. Aber kann das geschehen, solange die Dollarmilliarden noch im Lande sind?

Es scheint, als werde die unbefriedigende Lage bis über die Jahrestagung des internationalen Währungsfonds Ende September ausgedehnt werden. Vielleicht wird man dort die Wechselkurse allgemein etwas beweglicher machen. Aber auch damit würden wir uns nur von einer vertrackten Situation zur anderen retten. Solange nicht die Wirtschaftspolitik diesseits und jenseits des Atlantik abgestimmt ist und das Instrument der Zinspolitik als Steuerungsmittel weniger oft benutzt wird als bisher, wird es keine wirkliche Ruhe an der Währungsfront geben.